

Die FEDE ist mit den Ende Sommer und Anfang Herbst in mehreren wichtigen

Dossiers erzielten Ergebnissen zufrieden. Die vom Kanton zugesprochene Erhöhung zur „Kompensierung“ der erbrachten Opfer vonseiten des Personals im Rahmen der Sparmassnahmen hingegen entspricht nicht den Erwartungen. Und was das KGV-Dossier betrifft, so sind wir nach der Stellungnahme von Jean-Claude Cornu mehr denn je entschlossen, das Referendum gegen das Gesetz vom 9. September 2016 über die Gebäudeversicherung, die Prävention und die Hilfeleistungen bei Brand und Elementarschäden zum Erfolg zu führen.

Das Budget des Kantons Freiburg, das am 26. September vorgestellt wurde, hat die FEDE in eine paradoxe Lage versetzt. Einige ihrer Forderungen wurden erfüllt. Die drei wichtigsten Errungenschaften sind folgende:

- Trotz des angekündigten „Personalstopps“ wird der Kanton 85 neue Stellen schaffen. Er folgt dabei den Argumenten der FEDE, die schon seit Jahren betont, dass der Bevölkerungszuwachs im Kanton nicht ohne zusätzliche Stellen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich zu bewältigen ist.
- Die FEDE forderte die Regelung des Status der Mitarbeitenden mit einem befristeten Vertrag. Zwischen 200 und 300 dieser Verträge werden nun in Festanstellungen umgewandelt. Das entspricht 126 Vollzeitäquivalenten.
- Des Weiteren wurde eine paritätische Kommission mit Beteiligung der FEDE geschaffen, die Mobbing innerhalb des Staatsapparats bekämpft. Die FEDE hat bei der Umsetzung dieser auf Schweizer Ebene sehr innovativen Lösung eine zentrale Rolle gespielt. Die Umsetzung hat zwar viel Zeit in Anspruch genommen, doch dafür hat der Kanton seinen Willen bekräftigt, in diesem Bereich ein Beispiel zu setzen und sich in Null-Toleranz zu üben.

Parallel zu diesen Errungenschaften in einzelnen Bereichen forderte die FEDE vom Kanton eine Lohnerhöhung von 0,8 % für das gesamte Personal des öffentlichen

Dienstes, um damit die in den letzten Jahren im Rahmen der kantonalen Sparmassnahmen erlittenen Einbussen zu kompensieren. Der Staatsrat ist zwar nicht ganz so weit gegangen, hat mit einer Erhöhung von 0,4 % aber zumindest einen Schritt in diese Richtung gemacht. Diese Massnahme ist nicht unbedeutend, stellt sie für die Mitarbeitenden doch eine dauerhafte Erhöhung dar. Die FEDE hält zudem den Druck auf den Staatsrat aufrecht und fordert, dass das Personal, sollte das Geschäftsjahr 2016 mit Gewinn abgeschlossen werden, finanziell berücksichtigt wird.

Bei allen diesen Dossiers hat die FEDE den Verhandlungstisch nie verlassen, was sie angesichts der erzielten Ergebnisse rückblickend als die richtige Strategie wertet.

Beim KGV-Dossier, das in unseren Augen ein Trojanisches Pferd für die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Bereiche darstellt, wurde sie hingegen gar nie eingeladen, ihre Sicht der Dinge darzustellen. Heute ist die FEDE entschlossen, diesen Versuch, die Angelegenheit gegen ihren Willen durchzuzugschleppen, zum Scheitern zu bringen. Dafür werden wir diesen Herbst und Winter und das nächste Jahr kämpfen. Es ist wichtig, diesen Kampf zu gewinnen, erstens, indem das Referendum unterschrieben wird, um damit in einem weiteren Schritt ein weiteres „heisses“ Dossier vorzubereiten: **Denn wenn das Personal der KGV einfach mir nichts, dir nichts aus dem StPG entlassen wird, öffnet man dem Austritt des Personals des Freiburger Spitals aus dem StPG Tür und Tor.**



Unterschreiben Sie das Referendum



Jean-Claude Cornu oder eine Lektion in Überheblichkeit

Während eine vereinte Linke aus Gewerkschaften und Personalverbänden gegen den Austritt des KGV-Personals aus dem StPG mobilmacht, übt sich die KGV, im Namen ihres Direktors, in Herablassung und Arroganz. Das motiviert die FEDE umso mehr, das von der Sozialdemokratischen Partei, den Grünen, der Christlich-Sozialen Partei, dem VPOD und dem VOPSI unterstützte Referendum zum Erfolg zu führen.

Der Direktor der KGV, Jean-Claude Cornu, hat zur Feder gegriffen und eine Richtigstellung bezüglich der Argumentation der FEDE für das Referendum zum Gesetz vom 9. September veröffentlicht
http://appl.fr.ch/friactu_inter/handler.ashx?fid=13409

Anscheinend war es ihm noch nicht genug, dass er schon immer dagegen war, sich mit der FEDE abzusprechen. Er befand es auch noch für nötig, eine langwierige und sehr herablassende Stellungnahme zu verfassen.

Diese besagt im Grossen und Ganzen, dass das Referendums-Komitee von diesem Dossier rein gar nichts verstanden habe. Der Direktor bezichtigt die Referendumsführenden sogar, „zahlreiche Halbwahrheiten zu verbreiten“. Es sei ungerrecht, dass er verdächtigt werde, seinen eigenen Lohn und jener der Führungskräfte erhöhen zu wollen. Der Verdacht der FEDE ist aber gerechtfertigt und es entbehrt jeder Logik, bezüglich zukünftigen Entwicklungen – Lohnerhöhungen – von Halbwahrheiten zu sprechen.

Jean-Claude Cornu schreibt: „Ist es denn nicht vernünftig, im Jahr 2016, in bescheidenem Umfang die tatsächliche Leistung jeder Mitarbeiterin und jedes Mitarbeiters zu berücksichtigen? Geht Solidarität so

weit, dass das Engagement derjenigen, die regelmässig mehr leisten als die anderen, niemals honoriert werden darf?“

Die Frageform soll hier niemanden täuschen: Die KGV führt leistungsabhängige Löhne ein, eine Lösung, die 2001 vom Grossen Rat verworfen wurde, wobei er sich unter anderem auf Studien stützte, die aufzeigen, dass die Einführung eines solchen Systems in den öffentlichen Verwaltungen negative Auswirkungen auf die Motivation der Mitarbeitenden zeitigt.

Nun ist es an uns, die Frageform zu verwenden: Wie könnte ein Direktor mit einer solchen Selbstwahrnehmung seiner eigenen Verdienste einer solchen Lohnerhöhung widerstehen? Wie berechnet sich der Verdienst in einer Einrichtung mit Monopolstellung, wo keine Kunden gewonnen werden müssen?

Wir respektieren jedoch den vom KGV-Direktor ausgedrückten Willen, wie er in seiner Stellungnahme schreibt, dass „während der Phase der Unterschriftensammlung auch keine inhaltlichen Debatten geführt werden“. Die Zeit dieser Debatten wird aber kommen, ob er es will oder nicht, und obgleich er das schon immer zu vermeiden suchte.



Unterschreiben Sie das Referendum



Welche Rolle für den Staatsrat?

Der Direktor schreckt auch nicht vor faulen Tricks zurück. Nachdem er die Referendumsführenden bezichtigt hat, Halbwahrheiten zu verbreiten, sucht er nach inneren Widersprüchen der Nein-Kampagne. Nun ist es an uns, einen „ganz kleinen“ Widerspruch aufzuzeigen. Um Leitplanken gegen die Willkür im Personalbereich zu gewährleisten, werde sich alles unter der Aufsicht des Staatsrats abspielen, wie der Direktor nicht müde wird zu wiederholen. In der schriftlichen Dokumentation zum Vernehmlassungsverfahren des neuen Gesetzes lautet aber gerade eines der zentralen Argumente – dem wir übrigens lauthals widersprochen haben, da es lächerlich ist –, dass der Austritt des Personals aus dem StPG zum Ziel habe, den Staatsrat, der, nicht wahr, viel Arbeit hat, zu entlasten. Darin konnte man lesen: „Mit Blick auf die Verwaltungsführung ist es zudem von erstrangiger Bedeutung, dass der Staatsrat sich angesichts seiner zahlreichen Aufgaben von strategischerer Tragweite auf die oben genannte Aufsichtsfunktion beschränken kann.“

Indem er sich die Ohren verstopft, riskiert Jean-Claude Cornu, dass ein eigentlich gutes Gesetz zu Fall gebracht wird. Die FEDE hat schliesslich stets nur den Nutzen einer Statusänderung des Personals für die Er-

reichung der Ziele des Gesetzes angefochten. Doch weder der Staatsrat noch der Grosse Rat haben es für nötig befunden, die Stellungnahmen der FEDE und die Warnungen einiger Abgeordneter ernst zu nehmen, obwohl die politischen Risiken einer solchen Statusänderung in den Vorbereitungsunterlagen vermerkt waren. „Der Status und die Entlohnung der Angestellten ist eine politisch heikle Frage. Einerseits ist das Bewusstsein vorhanden, dass das Personal einer selbstständigen Einrichtung nur beschränkt den strengen und eher starren Bedingungen unterstellt werden kann, die notwendigerweise mit der Verwaltung von tausenden von Staatsstellen einhergehen, wo zudem die Gleichbehandlung und zwingende Haushaltsvorgaben für weitere bedeutsame Einschränkungen sorgen. Auf der anderen Seite lässt jede Abweichung von diesem allgemeinen (und historischen) Status sofort Befürchtungen über allfällige Entgleisungen aufkeimen, wenn nicht sogar Neid.“

Es ist doch zumindest erstaunlich, dass sich Jean-Claude Cornu heute über ein Risiko erzürnt, das so klar und deutlich identifiziert wurde. Der Austritt des Personals aus dem StPG entspringt keiner Notwendigkeit. Die KGV will sich dadurch schlicht und einfach mehr Ellbogenfreiheit schaffen.



Unterschreiben Sie das Referendum



Eine Grundsatzfrage

Genau das wollen wir aber verhindern. Der Willkür der Geschäftsleitung stellen wir daher solide Grundsätze entgegen. Und während sich die FEDE sehr pragmatisch zeigt, wie sie es bei zahlreichen Dossiers in den letzten Jahren bewiesen hat, die sie stets in guter Zusammenarbeit mit den Behörden zum Ziel führte, so weiss sie auch die Grundprinzipien zu verteidigen, insbesondere die Sozialpartnerschaft und den Status der Staatsangestellten.

- Bis zur Verabschiedung des Gesetzes untersteht das KGV-Personal weiterhin dem StPG und jede Änderung erfordert eine Diskussion mit den Sozialpartnern.

Wir warten noch immer auf eine Einladung für ein Treffen mit der KGV. Die Sozialpartnerschaft ist eine Errungenschaft, die dem Direktor der KGV offensichtlich entgeht.

- Noch schädlicher ist hingegen die politische Botschaft, die mit diesem neuen Gesetz an die Mitarbeitenden gesendet wird. Es öffnet Tür und Tor für eine „JedeR-für-sich-Logik“ und schwächt den Status aller Mitarbeitenden des Staates, die in Zukunft ebenfalls vom vorteilhaften Status, den das StPG bezüglich Sicherheit und Arbeitsplatzqualität garantiert, ausgeschlossen werden könnten.

Wir lancieren daher dieses Referendum, weil wir an die Solidarität glauben. Heute zeigen die Staatsangestellten Solidarität, da sie gleichbehandelt werden.

Wir lancieren das Referendum, um den Status der Mitarbeitenden des öffentlichen Dienstes zu verteidigen.

Wir lancieren das Referendum, damit morgen nicht das Personal des Freiburger Spitals aus dem StPG ausgeschlossen wird, damit man ihm die Löhne kürzen kann.

Wir lancieren das Referendum, damit die Freiburgerinnen und Freiburger von einem qualitativ hochstehenden Service public profitieren können.

**Aus allen diesen Gründen bitten wir Sie,
das Referendum zu unterschreiben.**





Unterschreiben Sie das Referendum



Argumentarium der FEDE Heute das Personal der KGV, morgen jenes des Freiburger Spitals

Das neue Gesetz über die Gebäudeversicherung und die Feuerpolizei sieht vor, dass die Mitarbeitenden der KGV nicht mehr dem Staatspersonalgesetz des Staates (StPG) unterstellt sind. Diese Entscheidung beruht aber auf fadenscheinigen Argumenten. Man gibt damit der Geschäftsleitung einfach freie Bahn, ohne die Kontrolle des Staates oder der Gewerkschaften zu schalten und zu walten, und sich beispielsweise ganz eigenmächtig Lohnerhöhungen zu erteilen.

Werden sie dann vielleicht auch die Gebäudeversicherungsprämien erhöhen, wenn sie eines Tages befinden, noch immer nicht genug zu verdienen?

Die Entscheidung der KGV, die vom Staatsrat und dem Grossen Rat diskussionslos geschluckt wurde, stellt ein ganzes Gesetz in Frage, das ansonsten ausgezeichnet ist, um die Feuerpolizei und die Gebäudeversicherung weiterzuentwickeln. Das ist schade.

Das neue Gesetz ermöglicht es der KGV sogar, leistungsabhängige Löhne einzuführen, obgleich sich der Grosse Rat doch erst vor Kurzem dagegen ausgesprochen hat. Es verletzt auch die Gleichbehandlung innerhalb der Staatsangestellten: Wie soll man dem Rest des Staatspersonals den privatwirtschaftlichen Status der KGV-Mitarbeitenden erklären? Der FEDE geht es nicht um eine Anpassung einzelner Status, sondern um Verbesserungen für alle Staatsangestellten.

Mit diesem Gesetz entzieht man dem Staat einen Dienstleister, der für die Gewährleistung der Sicherheit der Freiburger Bevölkerung eine absolut zentrale Rolle einnimmt: Gebäudekontrollen, Elektroinstallationen, Feuer usw.

Warum nicht gleich allen Dienstleistern erlauben, aus dem StPG auszutreten? Ein Austritt der KGV-Mitarbeitenden führt zu einem Zweiklassensystem und somit zu Ungleichheit.

Und das ist keine theoretische Pose: Ein möglicher Austritt des Personals des Freiburger Spitals aus der StPG wird immer häufiger ins Spiel gebracht. Wie soll man es sich erklären, dass man die KGV aus dem StPG ausnehmen will, damit einige wenige mehr verdienen, während das HFR aus Spargründen aus dem StPG austreten soll?

Während die KGV enorme Lobbyarbeit betrieb, um das neue Gesetz durch die Vernehmlassung zu bringen, hat sie es während des ganzen Prozesses nicht als nötig erachtet, die Warnsignale der FEDE und damit des Dachverbands der Staatsangestellten zu erhören. Der Staatsrat und der Grosse Rat sind ihr auf den Fuss gefolgt, indem sie befanden, dass es sich hierbei nicht um eine wichtige Frage handelt.

Dabei handelt es sich hier um eine Grundsatzfrage. Wenn man dem Personal der KGV nämlich erlaubt, aus dem StPG auszutreten, dann etabliert man damit einen gefährlichen Präzedenzfall. Wir müssen verhindern, dass andere Einrichtungen nachziehen und dies zu einem Präzedenzfall wird. Wir hätten in Zukunft keine Argumente mehr gegen den Austritt anderer Staatsdienste aus dem StPG. Man würde damit gleich auch noch EVALFRI frontal angreifen, was auch einem Angriff auf die Sozialpartnerschaft, durch die wir den Status der Staatsangestellten in den letzten Jahren stetig verbessert haben, gleichkommen würde.

Es ist ausgeschlossen, dass die FEDE einen starken Service public, der dem Kanton zu Erfolg verhilft und die Ruhe und Gelassenheit des Personals sicherstellt, ohne Gegenwehr mit Füssen treten lässt. Der öffentlich-rechtliche Status gewährt dem Personal Fairness und Stabilität, d. h. die nötigen Rahmenbedingungen, um den Freiburger Bürgerinnen und Bürgern qualitativ hochstehende Dienstleistungen zu erbringen.

Im Wohle des Personals des öffentlichen Dienstes und der Freiburger Bürgerinnen und Bürgern bitten wir Sie daher, dieses Referendum zu unterschreiben.